

Leider misslungen – nur warum?

Jean-Marie Reding

Ettelbrück, 2. April 2009, die Kulturstatssekretärin Octavie Modert verkündet auf der Einweihung der *Ettelbrécker Bibliothék* voller Enthusiasmus das Einbringen eines Gesetzesprojekts für öffentliche Bibliotheken. Unterentwickeltes Luxemburg, großer Nachholbedarf, Existenz von deutlich mehr öffentlichen Bibliotheken vor 1945 als heute ... alles Worte aus Frau Moderts Munde. Staunende, zufriedene bis überglückliche Gesichter waren im Publikum zu erspähen. Endlich ein politischer Wille eines Regierungsmitglieds, ein historischer Moment. Das beliebteste Buch- und Leseförderungsmittel der öffentlichen Hand, die Bibliothek (*d'Land* Nr. 16/2009), soll in den Genuss einer nachhaltigen, gesetzlich festgelegten Förderung kommen. Am 09.04.2009 ging das 27 Artikel umfassende Gesetzesprojekt Nr. 6026 zur kompletten Einsicht online.

Drei Gesetzesvorschläge (1928, 2003 & 2007) waren dieser Regierungsinitiative vorausgegangen. Sozialist Jacques Thilmany (1928, 9 Artikel) inspirierte sich am belgischen Bibliotheksverpflichtungsgesetz seines belgischen Parteigenossen Jules Destrée (1921). Marc Zanussi, LSAP (2003, 16 Artikel), befürwortete eine ähnliche Vorgehensweise. Marco Schank, CSV (2007, 11 Artikel), ging auf Nummer sicher: billig und effizient sollte es sein - das Leitmotiv Luxemburger Kulturpolitik seit dem 19. Jahrhundert. Er begrenzte sich deshalb vorsichtig auf die Einrichtung einer Zentralstelle, bei Zanussi in Artikel 4 vorgesehen, und organisierte sie jedoch nach dem moderneren deutsch-französischen Modell des 21. Jahrhunderts. An guten Vorlagen fehlte es nicht. Trotzdem kam ein ziemlich schlechtes Produkt heraus.

Die wenigen qualifizierten Bibliothekare des Landes stehen seit Jahrzehnten einem wahren staatlichen *Establishment* der Ignoranz und Inkompetenz gegenüber. Dieses hat, so scheint es, nun wieder zugeschlagen. Es fängt schon im Titel an: *Projet de loi relatif aux bibliothèques de lecture publique et d'information*. Eine *öffentliche Informationsbibliothek* ist terminologischer Unsinn. Wieder, schon wieder, beklagen Bibliothekare, wird Luxemburg der Lächerlichkeit preisgegeben. Wieder eine Blamage im Ausland. Gutes Copy/Paste will gelernt sein - hier musste die französische *Bibliothèque Publique d'Information* (BPI) in Paris herhalten. Eine rein staatliche Bibliothek, mit reinem Präsenzbestand - ein wunderbar falsches Inspirationsbeispiel. Resultat: jeder Gesetzesprojektartikel mit dieser Bezeichnung müsste geändert werden (21 von 27).

Zur Gesetzesphilosophie: der belgische Regierungserlass des 14.03.1995, basierend auf dem Dekret vom 28.02.1978, scheint als Modell gedient zu haben (*Comités consultatifs, Conseil Supérieur des Bibliothèques*). Allerdings wurde auch das belgische "Problem" übernommen: eine für Bibliotheken quasi unmöglich zu erfüllende Kriterienliste. Ein Grund, warum in Belgien seit längerem eine Reform im Gange ist und 2009 abgeschlossen sein soll. Nach der belgischen Vorgehensweise sind zahlreiche Muss-Bestimmungen, aber wenige Kann-Bestimmungen im Luxemburger Projekt enthalten. Dies lässt auf eine große Unflexibilität schließen. Im Vergleich zum belgischen möchte der luxemburgische Entwurf alles per *Gesetz* regeln - also nicht durch Ausführungsbestimmungen.

Die Liste der Mängel ist erstaunlich groß:

- A) Pflichtteilnahme am Verbundsystem Bibnet.lu der Nationalbibliothek (Art. 4, Pt. 3 & Art. 6): Bevorzugung einer monopolistischen Software (*Aleph*, Firma Exlibris). Keine Erwähnung der Existenz weiterer Verbundsysteme (Bsp. *Olefa*, Firma EducDesign).
- B) Unkenntnis der bibliothekarischen Fachterminologie. Beispiele in Art. 5 (*quotidiens* sind *périodiques*), 10 & 21 (*Bibl. itinérante* - Dt.: Wanderbibliothek - Richtig: *Bibl. circulante*).
- C) Fehlen präziser Definitionen: Wer entscheidet über die Professionalität des *service professionnel d'information* (Art. 4) oder der *expérience professionnelle adéquate* (Art. 7)? Wer bestimmt die Größe der "*riche documentation*" (Art. 5)?
- D) Aufgabenvermischung von öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken (Art. 4-5).

- E) Unangemessener Vergleich zwischen luxemburgischen (Typus: Dorfbibliothek) und ausländischen Bibliotheken. Insbesondere skandinavische öffentliche *Regionalbibliotheken* (Art. 9) bieten beispielsweise bessere Dienstleistungen und Bestände an, als die überwältigende Mehrheit aller Luxemburger wissenschaftlichen Bibliotheken in staatlicher Trägerschaft.
- F) Gleichstellung zwischen qualifiziertem und unqualifiziertem Personal - keine der drei Gesetzesvorschläge hatte dies jemals gewagt. Zur im Projekt vielgepriesenen Professionalisierung wird dies wahrlich nicht beitragen. Außerdem wird eine gänzlich neue überflüssige Beamtenlaufbahn (*bibliothécaire-documentaliste* - Art. 7 & 23) geschaffen.
- G) Irrealistische Wahrnehmung des Luxemburger Bibliotheksentwicklungslandes: die überaus zahlreichen, hierzulande so typischen *one-person-libraries* bleiben unberücksichtigt.
- H) Benutzung von Bibliothekskonzepten antiquierter Art, wie z.B. des seit 1978 bestehenden Bücherbusses (Art. 10). Zu den Fakten: in Frankreich wurde er durch ministerielles Rundschreiben 1978 [!] für offiziell ineffizient eingestuft. 2005 wurde die internationale IFLA-Sektion 38 *Mobile Libraries* wegen des weltweiten Niedergangs der Fahrbibliotheken seit den Erdölkrisen der 1970er Jahre nach langem Zögern definitiv aufgelöst. Zur *library history* gehören auch die *comités consultatifs* (Art. 19). Die guten alten Bibliothekskommissionen, die bis auf eine Ausnahme hierzulande (Lux.-Stadt) alle spätestens in den 1980er Jahren aufgelöst wurden, sollen also jetzt wieder gesetzlich eingeführt werden? Fassen wir zusammen: die Regierung möchte also den Milchmann (Vgl.: Bücherbus) und die Erwerbungskommission des 20. Jh.s gesetzlich verankern - obschon die Zukunft seit Jahrzehnten dem Supermarkt (Vgl.: Bibliothek) und dem verantwortungsbewussten Bibliotheksleiter gehört?
- I) Undurchführbare Organisation eines neuen nationalen Gremiums: einen *Conseil supérieur des bibliothèques* in der vorgesehenen Zusammensetzung (Art. 20), angesichts fehlender qualifizierter Bibliothekare (BA oder MA), einzusetzen, ist ein Witz. Bemerken wir noch: die parlamentarische Anfrage Nr. 1027 (14.04.2004) von Claude Adam, bezüglich der Schaffung eines solchen Bibliotheksrates, wurde von der Staatssekretärin Octavie Modert negativ beurteilt. Der belgische Bibliotheksrat dagegen ist mit Experten besetzt. Und die Zusammensetzung des nationalen Buchrates (CNLi – hier das klare Vorbild) erfolgte per Ministerialbeschluss des 15.01.1998 - nicht per *Gesetz*. Thilmanys Oberster Bibliotheksrat sollte 1928 (Art. 7-8) ebenfalls durch großherzoglichen Beschluss zusammengestellt werden.
- J) Abänderung des Kulturinstitutsgesetzes des 25.06.2004, welche durch die Schaffung einer Bibliothekszentrale als notwendig angesehen werden kann, jedoch in ziemlich einseitiger und überflüssiger Weise in einer einzigen Kulturinstitution, nämlich der Nationalbibliothek, 1) zwei Aufgaben einfach nebenbei umändert (Art. 21 ändert Art. 9/2004), zwei Verwaltungsabteilungen (ISBN/ISSN-Agentur & den Verbundkoordinierungsdienst) leicht umbenennt, 3) der neuen Bücherbus-Abteilung neues Personal verspricht (art. 22), 4) eine neue, weltweit ziemlich seltene Bibliothekarlaufbahn (Belgien, Senegal, usw.) einführt (Art. 23 ändert Art. 25/2004) und 5) einer von vier Angestellten des höheren Dienstes ungefragt die *Conservateur*-Examen (Beamtenlaufbahn) schenkt (Art. 26).
- Fazit: Dieses Gesetzesprojekt kann als Totgeburt bezeichnet werden. Mit dem aus bibliothekarisch-professioneller Sicht nicht zu beanstandenden Gesetzesvorschlag von Marco Schank hat dieses Machwerk so gut wie gar nichts gemeinsam. Werden die positiven, geradezu revolutionären neuen Aspekte in Betracht gezogen, wie die wahrscheinliche Einmaligkeit eines politischen Regierungsbegehrens, bzw. des Kulturministeriums, bzw. der Kulturstaatssekretärin, sowie die staatliche Zuständigkeitszustimmung für öffentliche Bibliotheken, die staatliche Teilnahme an den Bibliothekspersonalkosten und die Kenntnissnahme offizieller internationaler Richtlinien, stellt sich nur die Frage: Wer hat dieses erste Gesetzesprojekt in der Geschichte Luxemburgs sabotiert? Und das entsprechende CSV-Wahlprogramm-Kapitel (S. 69) gleich mit? Etwa mit Absicht?

Der Autor ist Diplom-Bibliothekar und Präsident des lux. Bibliothekarverband ALBAD